

Rathaus - Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWÖRTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 4. Juli 1969

Blatt 1867

Im kommenden Schuljahr:

Mehr als 100.000 Pflichtschüler in Wien
=====

4. Juli (RK) Wie aus einer Veröffentlichung der Magistratsabteilung 56 - Städtische Schulverwaltung hervorgeht, wird es im Schuljahr 1969/70 in Wien 181 Volksschulen, 98 Hauptschulen, 38 Sonderschulen und zehn Schulen des Polytechnischen Lehrganges mit zirka insgesamt 3.500 Klassen und 102.000 Schülern geben. Dies bedeutet, daß bei diesen Schulen erstmals wieder seit zwölf Jahren die Grenze von 100.000 Schülern überschritten wird.

Erreichte die Bevölkerungszahl Wiens vor dem ersten Weltkrieg im Jahre 1910 mit über zwei Millionen Menschen ihren Höhepunkt, so betrug vergleichsweise damals die Zahl der Schüler an städtischen Schulen 242.386. Die höchste Schülerzahl nach 1945 wurde im Schuljahr 1951/52 mit 149.214 erreicht, was eine Folge der starken Geburtsjahrgänge 1939 bis 1944 war. Der absolute Tiefstand war dagegen im Schuljahr 1963/64 infolge der niedrigen Geburtenziffern und durch die Rückgliederung von 80 der im Jahre 1938 Wien eingegliederten 97 niederösterreichischen Gemeinden, zu verzeichnen. Auf Grund des Ansteigens der Geburtenkurve nimmt jedoch nunmehr die Zahl der Schüler wieder jährlich ständig zu, so daß man zum Beispiel für das Schuljahr 1975/76 bereits mit zirka 120.00 Schülern rechnen kann.

./.

Die Vorausberechnung der Schülerzahlen sind die Grundlage für die Schulraumplanung, wohl eine der wichtigsten Tätigkeiten der städtischen Schulverwaltung. In Ausführung des vom Gemeinderat beschlossenen städtebaulichen Grundkonzeptes hat das Stadtbauamt das Stadtgebiet in zehn Bezirke geteilt und die künftige Bevölkerungszahl geschätzt. Dazu werden von der Schulverwaltung die Anzahl und Größe der Schulbauplätze angemeldet, wobei die Lage des Baugrundes durch das Einzugsgebiet und den gesetzlich festgelegten, zumutbaren Schulweg beziehungsweise unter Berücksichtigung des Verkehrsnetzes bestimmt wird. So werden zu Beginn des Schuljahres 1969/70 neun Schulneubauten fertiggestellt und in Betrieb genommen werden. Hat die Stadt Wien seit dem Ende des zweiten Weltkrieges insgesamt 68 neue Schulen errichtet, so betrug dazu vergleichsweise die Zahl der Schulneubauten von 1920 bis 1945 nur vier.

Die Schwierigkeiten bei der Dimensionierung der Schulneubauten in neuen Wohngebieten, in denen oft nur ein vorübergehender Spitzenbedarf an Schulraum gedeckt werden muß, haben die Wunschvorstellung der Schulverwaltung nach transportablen Klassenzimmern, nach einer "Schule auf Rädern" geweckt. Ein in Holland entwickeltes und dort in der Praxis vielfach bewährtes fahrbares Klassenzimmer wurde den hiesigen Erfordernissen angepaßt und wird - erstmals in Österreich - zu Beginn des kommenden Schuljahres in Wien eingesetzt werden. Insgesamt werden 20 dieser fahrbaren Klassen als Schulraumergänzung für alte Schulen, zur Deckung eines vorübergehenden Spitzenbedarfes in neuen Wohngebieten oder als Überbrückung bis zur Fertigstellung eines Schulneubaues verwendet werden. Eine weitere Neuheit, nicht nur für Wien, sondern auch für Österreich bedeutet die im Rahmen eines Schulkomplexes derzeit in Bau befindliche Turnhalle in der Großfeldsiedlung, welche nach ihrer Fertigstellung durch zwei mobile Faltwände in drei Schulturnsäle unterteilt, große Verwendungsmöglichkeiten bieten wird.

Wiens Aufwand für Schulneubauten und die bauliche Erhaltung der Schulen ist beträchtlich, so beträgt er allein für das Jahr 1969 an die 200 Millionen Schilling.

Neuer "Z"-Generaldirektor über zukünftige Geschäftspolitik
=====

Teamwork mit kundenorientierter Tätigkeit

4. Juli (RK) Dr. Karl Mantler, bisher Generaldirektor-Stellvertreter der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien, ist mit Wirkung vom 1. Juni Leiter dieses großen Geldinstitutes. Heute vormittag informierte der neue Generaldirektor die Vertreter der Presse über sein Konzept für die zukünftige Geschäftspolitik der "Z".

Das neue geschäftspolitische Programm basiert auf einer konsequenten Orientierung am Kunden. Diese "Marketingkonzeption" drückt sich sowohl in der Betrachtung aller Leistungen der "Z" aus dem Gesichtspunkt des Kunden als auch im dynamischen an wissenschaftlichen Grundsätzen ausgerichteten Führungsstil aus. Angesichts der in Zukunft zu erwartenden vermehrten Veränderungen in allen Lebensbereichen und der damit verbundenen verschärften Konkurrenzsituation erscheint diese Konzeption als wichtiges Instrument zur Bewältigung der Zukunft. Diese Einstellung wird durch ein an den einzelnen Kundengruppen orientiertes Programm dokumentiert.

Der private Kunde

Die zahlenmäßig stärkste Kundengruppe der "Z", die Privatkunden, also hauptsächlich die Gruppe der Arbeitnehmer. Seit Jänner 1968 untersucht die Zentralsparkasse gemeinsam mit dem Institut für empirische Sozialforschung das wirtschaftliche Verhalten von 600 durchschnittlichen Wiener Privathaushalten. Die Ergebnisse dieser Untersuchung bringen wertvolle Ansatzpunkte für die Geschäftspolitik.

Als finanziell besonders belastete Familienkategorien haben sich junge Ehepaare, kinderreiche Familien und alte Menschen erwiesen. Das Wohnungsproblem spielt dabei eine besondere Rolle. 40 Prozent der jungen Ehepaare haben keine eigene Wohnung, 18 Prozent hievon müssen getrennt leben. Besonders schlecht gestellt sind junge Familien mit mehreren Kindern. Durch frühzeitige Eheschließung ergibt sich schon in jungen Jahren.

ein hoher Kreditbedarf. Die Kreditbelastung der Haushalte ist gerade im jungen 3-Personen-Haushalt am höchsten (1.000 Schilling pro Monat). Das Haushaltspanel zeigt auch die große Bedeutung der Ausbildung in bezug auf das spätere Einkommen und die besondere Rolle des eigenen Fahrzeuges als Faktor der Haushaltsfinanzen. Der Betrieb eines eigenen Fahrzeuges kostet dem durchschnittlichen autobesitzenden Haushalt weit mehr als die Wohnungsmiete.

Die Ergebnisse dieser Untersuchung und einer Reihe von anderen wissenschaftlichen Untersuchungen führten zur Konzeption der finanziellen Betreuung der Privatkundschaft durch verschiedene Serviceaktionen, die es dem einzelnen ermöglichen sollen, eine finanzielle Lebensplanung durchzuführen. Die bestehenden Servicepakete für die Wohnung und die Ausbildung sollen in Hinkunft durch weitere Pakete, vorerst durch das Z-Service Vorsorge, ein Kredit- und Informationspaket für ältere Menschen, ergänzt werden.

Das zentrale Instrument für die Finanzgebarung des privaten Kunden ist das Girokonto. Die Geschäftspolitik der Zentralsparkasse wird diesem Instrument auch in Zukunft besondere Bedeutung zumessen. Es soll zum Supermarkt der Geldabwicklung des privaten Haushalts werden. Besonders die Kreditabwicklung über das Girokonto soll in Hinkunft über die heutigen automatischen Finanzierungsmöglichkeiten (Kontoüberziehung) hinaus zu einem differenzierten Kreditinstrumentarium ausgebaut werden.

Durch die Einführung der Scheckkarte, die von der "Z" besonders forciert wird und die auch durch einen Diners-Klub-Kreditkarten Abschluß ergänzt wurde, ergibt sich ein neues Anwendungsgebiet des bargeldlosen Zahlungsverkehrs für den privaten Kunden.

Dieses Programm für den privaten Kunden soll durch organisatorische und technische Maßnahmen unterstützt werden. Besonders bedeutend erscheint hiebei die Zweigstellenstandortpolitik und die geplante Veränderung der internen Abwicklung in den Zweigstellen. Durch Einführung moderner technischer Möglichkeiten soll der Schalterverkehr wesentlich beschleunigt werden. Die Beendigung der Umstellung auf den Online-Direktverkehr wird es ermöglichen, das Schalterpult als Barriere zwischen Kunden und

Angestellten weitgehend zu eliminieren.

Der neue Stil der Z-Zweigstelle wird durch Schnellabwicklung und individuelle Beratung in speziellen Beratungszonen geprägt werden. Es ist auch geplant, in der Architektur neue Wege zu gehen. Als Beispiel hierfür wird die Zweigstelle Ebrisdorf am Spitz sein, die von Architekt Professor Hollein geplant und gestaltet wird. Der Schulung der Mitarbeiter wird nach dem neuen geschäftspolitischen Programm besondere Bedeutung zugemessen. Das vor kurzem in der ersten Phase fertiggestellte Z-Ausbildungsprogramm sieht die Anwendung modernster Methoden vor.

Der Selbständige (Gewerbe, Handel freie Berufe)

Dem Kundenkreis der Selbständigen wurde in der Geschäftspolitik der Zentralsparkasse traditionell immer große Bedeutung beigemessen (anzahlmäßig entfallen über 60 Prozent der Kredite an Kleinbetriebe und freie Berufe, fast 40 Prozent auf Mittelbetriebe und nur 1,5 Prozent auf Großbetriebe).

In Zukunft soll durch die Forcierung des Z-Mittelstandskredites die Geschäftspolitik auf diesem Gebiet einen neuen Schwerpunkt erhalten. Der Z-Mittelstandskredit wird durch ein Dezentralisierungskonzept unterstützt, das den Zweiganstalten ermöglicht, bei der Kreditvergabe mit erhöhtem *Pouvoir* zu arbeiten. Für die Selbständigen werden auch zusätzliche Leistungen, wie zum Beispiel Auslandsgeschäfte und Geschäftsanbahnungsdienste von immer größerer Bedeutung.

Eine neue Dienstleistung erstellt eine Tochtergesellschaft der Zentralsparkasse, die Firma Dataservice Ges.m.b.H: den Computerservice. Das Konzept dieser Firma sieht den Ausbau bestehender Dienstleistungen, insbesondere Lohnverrechnung, Betriebsbuchhaltung, Service für Hausverwaltungen und ein komplettes Angebot für das Rechnungswesen der Kunden vor.

Auch bei der Kundengruppe der Selbständigen wird das Girokonto sowohl auf dem Gebiet des Zahlungsverkehrs als auch der Kreditabwicklung das zentrale Instrument darstellen.

Großkunden (öffentliche Hand, Wohnbau, Industrie, Großunternehmen)

Die Zentralsparkasse als zweitgrößtes österreichisches Kreditinstitut betreut anzahlmäßig zwar vorwiegend unselbständige und mittelständische Kunden, am Kreditvolumen gemessen, spielen jedoch Großkunden eine wichtige Rolle.

Der kommunalen Finanzierung wird auch in Hinkunft große Bedeutung zukommen, wobei wie bisher Vorhaben nicht nur in Wien, sondern auch in den Bundesländern finanziert werden. Ebenso wird der Wohnbau in Zukunft ein Schwerpunkt der Veranlagungspolitik der Zentralsparkasse bleiben. Schon heute ist die Zentralsparkasse der größte private Wohnbaufinanzier Österreichs. Auch auf dem Gebiet der Großkunden wird versucht, trotz der differenzierten Bedürfnisse dieser Kundenschicht nicht nur einzelne Finanzleistungen zu bieten, sondern kompakte Leistungspakete zu entwickeln. Der Computerservice wird gerade für Großkunden interessante Möglichkeiten, zum Beispiel die automatische Beleglesung oder ein integriertes Rechnungswesen, bieten.

Vor kurzem eingeführt wurde im Rahmen des Auslandsgeschäftes ein Informationsdienst über Nachbarstaaten, der speziell für exportorientierte Betriebe gedacht ist. Dieser Informationsdienst verfügt bereits über eine Spezialdokumentation und ist besonders auf die Ostblock-Nachbarstaaten spezialisiert. Die Zentralsparkasse wir ihre internationale Rolle, die sie durch ein weitverzweigtes Korrespondentennetz und vielfältige Beziehungen in der internationalen Kreditwelt aufgebaut hat, weiter ausbauen.

Der neue Führungsstil der Zentralsparkasse

Hauptaufgabe der Führungstechnik wird es sein, der Geschäftsleitung immermehr Zeit für Grundsatzüberlegungen und Planungsvorhaben zu verschaffen und die einzelnen Managementebenen mit besseren Informationen zu versorgen. Dieses Ziel soll durch eine ausgebaute Unternehmungsplanung erreicht werden. Grundlagen der Planung ist ein schriftlich formuliertes Konzept der geschäftspolitischen Zielsetzungen, auf das die einzelnen Programme der Ressorts laufend abgestimmt werden. Derzeit wird an der Einführung einer vierteljährlichen Planungsperiode gearbeitet, damit soll eine sehr hohe Flexibilität der geschäftspolitischen Entscheidungen erreicht werden.

Die Unternehmensplanung bei der Zentralsparkasse soll kein starres zentralisiertes Schema sein, sondern soll ermöglichen, daß die Vorschläge möglichst breiter Mitarbeiterschichten in die Geschäftspolitik eingebaut werden können. Daher wurden als beratende Zwischenglieder zwischen den Zweigstellen und Geschäftsabteilungen Komitees geschaffen, die die Vorschläge und Geschäftsvorhaben koordinieren und aufbereiten und dann der Geschäftsleitung unterbreiten werden.

Zur Verbesserung der Informationsgrundlagen wird am Aufbau eines "Information Management Systems" gearbeitet. Unter den ersten fertiggestellten Bauelementen dieses Projekts ist ein Planbilanzmodell erwähnenswert, das auf Grund einer Reihe von statistisch-mathematischen Teilprogrammen ermöglicht, über mehrere Jahre hinaus Planbilanzen, sowie Gewinn- und Verlustrechnungen zu erstellen und geplante geschäftspolitische Maßnahmen im Hinblick auf ihre Auswirkung auf die zukünftige Struktur zu messen.

Vision der Realität

Die Zentralsparkasse beschäftigt sich neben der kurz- und mittelfristigen Planung auch mit Überlegungen, die sich bis zu einem Zeitraum von 15 Jahren erstrecken. Das Problem, die Auswirkungen von Umweltsveränderungen auf die Geschäftspolitik frühzeitig zu erkennen, wird steigende Bedeutung erlangen. In Zukunft wird es immer notwendiger und immer schwerer werden, zu agieren, anstatt zu reagieren.

Die Welt von 1985 wird die Kreditinstitute und damit auch die Zentralsparkasse in einer stark veränderten Rolle sehen. Die Zukunft der Zentralsparkasse wird naheliegend zu einer Clearingstelle der Finanzinformation werden. Das Zurücktreten technischer Aspekte infolge der Perfektion der Technik wird die Rolle einer Großsparkasse als Finanzberatungsinstrument in einer bisher kaum vorstellbaren Dimension ermöglichen.

Zur Person des neuen Z-Generaldirektors

Karl Mantler wurde 1912 in Wien geboren, promovierte 1937 zum Doktor der Rechtswissenschaften und begann seine berufliche Laufbahn mit dem Gerichtsjahr, in dem er nebenbei an der Hochschule für Welthandel Vorlesungen besuchte. Die ersten Kontakte mit der Wirtschaft brachte ihm das Jahr 1938 mit einer Anstellung in der Auslandsabteilung bei Siemens-Halske. Nach vierjähriger Kriegsdienstleistung trat Dr. Mantler in das Sekretariat des damaligen Bundesministeriums für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung ein. Von hier wurde er 1947 in die neu gegründete Bank für Arbeit und Wirtschaft berufen, die ihn 1949 zum Direktor bestellte. Im April 1959 nahm Dr. Mantler ein Angebot der Wien-Kredit-Teilzahlungsbank an als alleiniger Geschäftsführer in dieses Institut einzutreten. Acht Jahre leitete er die Wien-Kredit, die in dieser Zeit eine bedeutende Aufwärtsentwicklung verzeichnen konnte. Seit 1. Juni 1969 ist er Generaldirektor der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien.

- - -

"Wiener Städtische": Datenverarbeitung im Vornarsch
=====

4. Juli (RK) Wie aus dem Geschäftsbericht 1968 der Wiener Städtischen Wechselseitigen Versicherungsanstalt hervorgeht, ist in der Lebensversicherung die Gesamtversicherungssumme auf 5,604 Millionen Schilling (Ende 1967: 4881 Millionen) gestiegen, was eine Zunahme von 14,8 Prozent bedeutet. Die direkten Prämieinnahmen wuchsen auf 296,3 Millionen Schilling (Zunahme 10,7 Prozent).

Für die Liquidierung von 462.000 Versicherungsfälle mußten eine Milliarde und 559 Millionen Schilling bereitgestellt werden - um 178 Millionen mehr als 1967. Den Löwenanteil an Entschädigungsgeldern kassierten - wie seit langem gewohnt - die Kraftfahrer: auf Kfz-Haftpflicht und Kfz-Kasko entfielen 746 Millionen Schilling, was eine Zunahme von 73 Millionen darstellt.

Intern war das Jahr 1968 für die "Wiener Städtische" ein Jahr stärkster Anspannung, weil das Datenverarbeitungssystem von einer niederen auf eine höhere Stufe umgestellt werden mußte. Diese Umstellung verlangte von einem großen Teil des Personals die Bereitschaft, umzulernen und sich mit neuen Tätigkeiten zu befreunden. Außerdem verlangte sie auch große physische Anstrengungen: Überstundenarbeit und Verzicht auf manches freie Wochenende. Dank der Einsatzbereitschaft ihrer Angestellten liegt die "Wiener Städtische" wie einst in den Zwanzigerjahren in der Versicherungstechnologie wieder ganz vorne.

- - -

Einmal Wien sehen . . .
=====

4. Juli (RK) Als Belohnung für ein ganzes Jahr intensivsten Lernens wünschen sich 100 13 bis 19jährige Mittelschüler des Benediktinergymnasiums Einsiedeln in der Schweiz, die Musikstadt Wien kennenzulernen. Die Musikstadt Wien spielt in ihrem Denken deshalb eine so große Rolle, weil sie selbst ausübende Musiker sind. Sie gehören der "Studentenmusik Einsiedeln" an und bilden eine 100 Mann starke Blasmusikkapelle. Ihr Programmbogen reicht von großen Militärmärschen bis zur Darbietung modernsten Jazz.

Das Benediktinergymnasium unternahm alles, um den Wunsch seiner Schülerkapelle Wirklichkeit werden zu lassen: Aus Spenden aller Art, aus relativ geringen Eigenbeiträgen und einer beträchtlichen Finanzierung seitens einer in Wien ansässigen Schweizer Firma sowie des Schweizer Verkehrsbüros wurde es möglich, daß die jugendlichen Musikanten für eine Woche in Wien weilen können.

Sie kommen nicht mit leeren Händen, sondern wollen die Wiener Musikfreunde davon überzeugen, daß sie Gutes zu bieten haben. Ihr Können werden sie im Rahmen von insgesamt vier öffentlichen, frei zugänglichen Konzerten beweisen.

Die "Studentenmusik Einsiedeln" konzertiert Samstag, den 12. Juli von 17 bis 18 Uhr auf dem Heldenplatz in der Hofburg, Sonntag, den 13. Juli von 16 bis 17 Uhr im Schloßpark Schönbrunn und Montag, den 14. Juli von 17 bis 18 Uhr abermals auf dem Heldenplatz in der Hofburg.

Abschluß und Hauptkonzert aber wird das Ständchen sein, das die Jugendlichen Dienstag, den 15. Juli dem Wiener Bürgermeister Bruno Marek im Arkadenhof des Wiener Rathauses darbringen werden.

Standpunkte unverändert - nächste Woche kommt U-Bahn-Steuer
=====

in den Landtag
=====

4. Juli (RK) Die Wiener U-Bahn-Abgabe wird kommenden Freitag dem Wiener Landtag zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Dies teilte heute der städtische Finanzreferent Vizebürgermeister Felix Slavik nach einem Gespräch mit Finanzminister Dr. Koren mit. Die Unterredung im Finanzministerium verlief ergebnislos, der Standpunkt des Finanzministers ist ebenso unverändert geblieben, wie der des städtischen Finanzreferenten.

Zur gleichen Zeit fand im Presseclub Concordia eine Pressekonferenz der Wiener Handelskammer statt, bei der gegen die Einführung der U-Bahn-Abgabe Stellung genommen wurde. Auch der Vertreter des Freien Wirtschaftsverbandes, Vizepräsident Harry Jodlbauer, erklärte dabei, daß auch er der negativen Stellungnahme der Handelskammer zugestimmt habe.

Vizebürgermeister Slavik erklärte dazu, daß dies jedoch ohne Einfluß auf die Meinung der Sozialistischen Gemeinderatsfraktion im Wiener Rathaus sei.

In dem Gespräch Slavik - Koren erneuerte der Finanzminister seine Bedenken gegen die geplante U-Bahn-Abgabe.

Slavik kündigte demgegenüber an, daß der Wiener Landtag am kommenden Freitag die U-Bahn-Abgabe beschließen werde. Es wurden alle Auswirkungen dieser Abgabe überlegt und auch die Auswirkung anderer Arten der Finanzierung.

Der Vizebürgermeister stellte fest, daß ein Projekt dieser Größe und einer so langen Bauzeit nicht mit Anleihen finanziert werden soll. Nach kurzer Zeit müßte man Anleihen nur mehr dafür aufnehmen, um die Schulden für die erste Anleihe zu bezahlen.

Der städtische Finanzreferent teilte auch mit, daß man sich noch überlegen werde, ob die Gebietskörperschaften von dieser Abgabe befreit werden könnten. Nach Meinung der Rathausjuristen sei es jedoch nicht so, daß der Bund wegen dieser Besteuerung zum Verfassungsgerichtshof gehen könnte.

Slavik machte ferner darauf aufmerksam, daß man es bei

./.

der zu erwartenden verstärkten Beschäftigung im Tiefbau nicht riskieren könne, deswegen die Investitionen für den Hochbau zu vernachlässigen. Schon aus diesem Grund sei die U-Bahn-Abgabe notwendig. Deshalb werde sie am kommenden Freitag im Landtag beschlossen werden. Die Bundesregierung hat selbstverständlich die Möglichkeit, gegen den voraussichtlich mit Mehrheit gefaßten Beschluß des Wiener Landtages Einspruch zu erheben, dann würde der Landtag bei seiner ersten Sitzung im Herbst einen Beharrungsbeschluß fassen.

- - -